

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches

mit Außenminister Johann Wadehul am 19. November 2025

Länderthema
Swasiland/Eswatini
Organisationen: Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen, Kindernothilfe e.V., Werkstatt Ökonomie
Beschreibung der Menschenrechtsproblematik: Das Königreich Eswatini, ehemals Swasiland, ist die letzte absolute Monarchie Afrikas und wird seit 1986 von König Mswati III. regiert. Politische Parteien sind seit 1973 verboten, die Gewaltenteilung ist aufgehoben und die gesamte Staatsgewalt konzentriert sich in den Händen des Königs, der sowohl Justiz, Parlament, Exekutive als auch die lokale Verwaltung über traditionelle Chiefs kontrolliert. Kritische Stimmen werden mit gesetzlichen Maßnahmen wie dem <i>Suppression of Terrorism Act</i> (STA) mundtot gemacht. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit bleiben massiv eingeschränkt, und trotz wiederholter Aufforderungen von Zivilgesellschaft, internationalen Partnern und der SADC sind weder Reformen noch glaubwürdige Schritte hin zu einem nationalen Dialog unternommen worden. Die vom König angekündigte Sibaya-Plattform gilt unter oppositionellen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen als undemokratisch und unzureichend. Seit der gewaltsamen Niederschlagung der prodemokratischen Protestbewegung im Jahr 2021 ist das Land von Repressionen und zunehmender Gewalt geprägt. Sicherheitskräfte gehen systematisch gegen Demonstrierende vor, setzen scharfe Munition ein und agieren in einem Klima der Straflosigkeit. Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen sind Drohungen, willkürlichen Festnahmen und Zensur ausgesetzt und eine unabhängige Justiz wird systematisch untergraben. Gesetzgebung wie das Terrorgesetz wird instrumentell gegen legitime Kritik eingesetzt; alle diese Maßnahmen führen zu einem Klima der Angst. Besonders schwerwiegend ist die bis heute unaufgeklärte Ermordung des Menschenrechtsanwalts Thulani Maseko im Jahr 2023, der als führender Kopf der Demokratiebewegung galt. Auch die prodemokratischen Parlamentsabgeordneten Mduduzi Mabuza und Mthandeni Dube, die bereits 2021 verhaftet wurden, befinden sich weiterhin unter unmenschlichen Bedingungen in Haft. Der von der SADC initiierte Mediationsprozess ist blockiert, da das Königshaus bislang keine substanzielle Machtteilung zulässt. Der Bertelsmann-Transformationsindex 2024 bewertet Eswatini als stark defizitär in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und Freedom House stuft das Land weiterhin als „Not Free“ ein. VertreterInnen der etablierten Kirchen setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Dialog mit den Verantwortlichen des Landes ein. Sie unterstützen das Ziel einer menschenrechtsbasierten, demokratisch-pluralistischen Politik. Andere religionsbasierte Akteure und Kirchen treten als UnterstützerInnen der Monarchie auf bzw. werden von der Regierung instrumentalisiert. Die sozioökonomische Lage verschärft sich weiter. Die Wirtschaft, die sich von der Pandemie kaum erholen konnte, leidet unter schwacher Binnenkonjunktur, politischer Instabilität und Staatskapitalismus. Staatliche Ressourcen fließen in Sicherheitsapparate und in die Finanzierung des luxuriösen Lebensstils der Königsfamilie, während Gesundheit, Bildung und soziale Grundversorgung vernachlässigt werden. Auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte sind stark betroffen. Eswatini leidet unter hoher Jugendarbeitslosigkeit, starken Preissteigerungen, Inflationsdruck bei lebenswichtigen Gütern und einer angespannten Ernährungslage. Besonders in ländlichen Gebieten ist der Zugang zu Gesundheitsversorgung problematisch geworden, z. B. bei Geburtshilfe und Betreuung von Schwangeren. Der plötzliche Finanzierungstopp von USAID Projekten, viele mit dem Fokus auf HIV/Aids Prävention bzw. Behandlung, setzt das staatliche Gesundheitssystem weiter unter Druck und bisher sind keine nennenswerten Maßnahmen zu erkennen, wie der Medikamentenengpass durch die Regierung aufgefangen werden kann. Frauen und Mädchen leiden unter unverhältnismäßig hohem Maß an geschlechtsspezifischer Gewalt und unzureichendem Schutz durch staatliche Institutionen. Diskriminierung von Personen aufgrund von Behinderung oder sexueller Orientierung wird nicht ausreichend adressiert. Viele Kinderrechte werden nicht realisiert: Tausende Kinder haben die Schule dauerhaft abgebrochen, der Zugang zu medizinischer Versorgung ist eingeschränkt und die Ernährungssituation ist prekär; Kinder mit Behinderungen und andere marginalisierte Kinder erfahren systematische Diskriminierung. Die soziale Ungleichheit wächst: ökonomische und geschlechtsspezifische Benachteiligung sind stark, ebenso diskriminierende Praktiken gegenüber

Minderheiten. Die traditionelle Machtverteilung, insbesondere die Rolle von Chiefs, verstärkt Machtungleichheiten.

Angesichts dieser Lage kommt Deutschland und der Europäischen Union eine besondere Verantwortung zu. Beide gehören zu den wichtigsten Entwicklungs- und Handelspartnern Eswatinis, und ihr politischer Einfluss ist entscheidend, um Fortschritte bei Demokratie und Menschenrechten zu fördern.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

Wir fordern die Bundesregierung und entsprechend die EU auf,

- die Einhaltung und Durchsetzung der universellen Menschenrechtsnormen in allen politischen Dialogen mit der Regierung Eswatinis unmissverständlich zu verlangen, insbesondere die Freilassung der zu langen und ungerechtfertigten Haftstrafen verurteilten politischen Akteure wie Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube, und die Aufhebung ihrer Urteile wegen rein friedlichen politischen Engagements.
- gesetzgeberische oder diplomatische Folgen an die Bedingung zu knüpfen, dass Eswatini die repressive Terrorgesetzgebung überarbeitet oder grundlegende Bestimmungen aufhebt, die vage formuliert sind und Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterdrücken, sowie sicherzustellen, dass Gerichtsverfahren fair, transparent und unter Einhaltung internationaler Standards stattfinden.
- die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschenrechtsorganisationen, unabhängige Journalist:innen, Aktivist:innen und Vertreter:innen marginalisierter Gruppen, stärker zu unterstützen durch Schutzmechanismen, Programme zur Kapazitätsstärkung, Zugang zu sicherer Finanzierung sowie erleichterte Visa- und Reismöglichkeiten für Bedrohte.
- Kinderrechte und soziale Rechte konsequent zu priorisieren, die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention aktiv einzufordern und Programme zu unterstützen, die Bildung, Kinderschutz und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt fördern.
- Entwicklungszusammenarbeit gezielt so zu gestalten, dass wirtschafts- und sozialrechtliche Grundrechte gestärkt werden, insbesondere durch Programme, die den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Ernährung, Bildung und geschlechtsspezifischem Schutz fördern; hierbei ist auf die Einhaltung grundlegender Menschenrechte zu achten und ggf. Sanktionsmöglichkeiten zu prüfen.
- im Rahmen der EU und multilateraler Foren (z. B. Afrikanische Union, SADC, UN) auf die Einsetzung eines glaubwürdigen nationalen Dialogs zu drängen, moderiert oder begleitet durch unabhängige internationale Akteure, mit umfassender Beteiligung aller politischen Kräfte und der Zivilgesellschaft, um einen Weg hin zu politischer Teilhabe und demokratischen Reformen zu ebnen.